Thurgauer Zeitung, 12.12.2011, page 3
« Mir fällt nicht alles in den Schoss »
Source : e-newspaperarchives.ch, https://www.e-newspaperarchives.ch/?a=d&d=TGZ20111212-01.2.15.1
Copie d'archive pour www.alainberset.ch, établie le 24.11.2026.

«Mir fällt nicht alles in den Schoss»

Der 39jährige Freiburger Ständerat **Alain Berset** sagt, für das Amt als Bundesrat brauche es politisches Gespür und Erfahrung, aber nicht zwingend in einer Exekutive. Als Romand und Sozialdemokrat habe er im Ständerat zudem rasch gelernt, was kämpfen heisse.



Bild: ky/Sigi Tischler

Bundesratskandidat Alain Berset sagt, er könne trotz seiner konsensbereiten Art sehr wohl kämpfen und führen.

Herr Berset, Sie sind von Beruf Parlamentarier und hatten zuvor in der Privatwirtschaft keine Führungsfunktion. Was befähigt Sie, als Bundesrat ein Departement zu leiten?

Alain Berset: Was auch immer ich tue, ich tue es mit Leidenschaft. Wenn die Arbeit als Ständerat gut gemacht sein soll, muss sie beinahe Haupttätigkeit sein. Ein Bundesrat braucht nicht zwingend Exekutiverfahrung. Er muss sich aber mit der Schweiz in ihrer ganzen Vielfalt und auch mit der Mechanik im Parlament auskennen. Politisches Gespür und Erfahrung zählen für das Amt. Zudem hatte ich verschiedene Führungsfunktionen, auch als Präsident des Ständerats, noch dazu in der schwierigen Zeit der Wirtschafts- und der Libyen-Krise.

Im Parlament gelten Sie als äusserst dossiersicher und konsensfähig. Richtig kämpfen und sich durchsetzen, mussten Sie sich wohl nie?

Berset: Oh doch, mir fällt nicht alles in den Schoss. Ich war immer in der Minderheit. Beim Angriff auf den Freiburger Ständeratssitz gegen das Bündnis von FDP und CVP stieg ich als ziemlich chancenloser Aussenseiter ins Rennen. Im Ständerat bin ich als Romand und Sozialdemokrat gleich doppelt in der Minderheit und habe rasch gelernt, was kämpfen heisst. Übrigens sagen etliche Parlamentarier von mir, dass es gar nicht so leicht sei, gegen mich zu gewinnen.

Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit erlebt die Genferseeregion bis in Ihren Kanton hinauf ein spektakuläres Bevölkerungswachstum. Viele ärgern sich über überfüllte Züge und Strassen sowie die Wohnungsnot. Ist es nicht Zeit, diese Entwicklung zu bremsen?

Berset: Die Personenfreizügigkeit ist positiv für die Schweiz, weil sie Wohlstand und Arbeitsplätze schafft. Aber es gibt auch Probleme. Wir müssen in den öffentlichen Verkehr investieren und in den sozialen Wohnungsbau. Und es braucht schärfere flankierende Massnahmen gegen Lohndumping. Die Personenfreizügigkeit muss deswegen nicht gleich abschafft werden.

So weit muss man ja nicht gehen. Soll sich der Bundesrat für die Aktivierung der Ventilklausel einsetzen?

Ich war einer der ersten, die eine Untergrenze für den Frankenkurs verlangt hatten.

Berset: Ich bin dafür, noch zuzuwarten, bis wir über einen längeren Zeitraum Erfahrungen gesammelt haben. Und falls die Schweiz in eine Rezession gerät, geht die Einwanderung ohnehin zurück.

Die Schweiz leidet unter dem starken Franken. Was würden Sie als Bundesrat dagegen tun?

Berset: Hauptakteurin ist die Nationalbank. Sie handelt unabhängig, wichtig für sie ist aber, dass sie auf politischer Ebene gestützt wird. Ich war im Januar einer der ersten, die eine Untergrenze für den Frankenkurs verlangten, sechs Monate später war es dann so weit. Auch das Bundesratspaket zur Kurzarbeit war richtig.

Sie wollten aber weitergehen.

Berset: Ja. Wenn die Krise andauert, sollte man Firmen gezielt unterstützen können. Sonst verliert die Schweiz industrielles Know-how.

Das Staatssekretariat für Wirtschaft hat alle Möglichkeiten geprüft und als untauglich verworfen.

Berset: Wenn die wirtschaftlichen Probleme weiter zunehmen, müssen wir Massnahmen ergreifen. Ich halte mein Modell, das ich im August entwickelt habe, immer noch für richtig und einfach umsetzbar. Wie stark ein Unternehmen unter dem Kursverlust leidet, errechnet sich aus den importierten Leistungen, dem Gesamtumsatz und den im Ausland erzielten Umsatz. Auf diese Weise ist Stützung möglich ohne Giesskanne.

Eine der grössten Aufgaben der Legislatur ist der Atomausstieg. Wie soll er finanziert werden?

Berset: Der Entscheid zum Ausstieg ist ein starkes Signal an die Investoren, dass sich Ausgaben für Alternativenergie lohnen. Wir haben 20 bis 30 Jahre Zeit, um die Energiewende zu schaffen. Es braucht nun Anreize für Investitionen und Subventionen fürs Energiesparen etwa bei Gebäudesanierungen. Wenn es nötig wird, bin ich ergänzend für eine Lenkungsabgabe. Dazu kommt die ökologische Steuerreform: ein richtiger Weg.

Etliche Parlamentarier sagen, es sei nicht so leicht, gegen mich zu gewinnen.

Sie waren massgeblich an der Abwahl von Christoph Blocher beteiligt und plädieren in einem Buch für eine Mitte-Links-Koalition. Wie ernst ist es Ihnen mit der Konkordanz?

Berset: Sehr ernst. Ich habe immer entsprechend gewählt. In dem vor vier Jahren erschienenen Buch ging es um die Frage, mit welchen Parteien die SP Projekte verwirklichen kann. Die Antwort: mit den Grünen und der CVP, der FDP eher weniger, der SVP wohl gar nicht. Inzwischen zeigt sich, dass manchmal auch die SVP mithilft: dem Konjunkturprogramm haben im Parlament alle zugestimmt. Und Blocher wurde nicht von einer Partei, sondern vom Parlament abgewählt. Ich war in der SP eine von sieben Personen, die mit der Wahlvorbereitung für die Fraktion betraut waren.

Jetzt ist Eveline Widmer-Schlumpf als Vertreterin einer 5-Prozent-Partei Bundesrätin. Ist das noch Konkordanz?

Berset: Konkordanz heisst ja, dass die grössten Parteien angemessen vertreten sind. Denn nur eine breit abgestützte Regierung kann ausgewogene Projekte ausarbeiten, die auch vor dem Volk bestehen können. Heute stehen wir vor einer neuen Situation mit einer neuen Parteienlandschaft. Was heute Konkordanz genau heisst, wird breit diskutiert.

Was heisst es denn für Sie? Soll Eveline Widmer-Schlumpf Bundesrätin bleiben?

Berset: Die entsprechenden Diskussionen laufen unter den Parteien. Dies ist eine Frage, die Sie einem Parteipräsidenten stellen müssen.

Ihr Mitbewerber Pierre-Yves Maillard würde den Bundesrat vom Volk wählen lassen. Sind Sie auch dafür?

Berset: Nein, da bin ich klar dagegen. Ich will keine Amerikanisierung der Schweizer Politik; ein Wahlkampf im ganzen Land kostet sehr viel Geld. Und bei uns ist die Finanzierung der Kampagnen intransparent. Die Bundesratsmitglieder wären mehr mit Wahlkampf beschäftigt denn mit ihrer Arbeit. Zudem würde es schwierig, die Minderheiten ausgewogen zu berücksichtigen.

Interview: Denise Lachat, Freiburg